

# Die Bismarck'sche Kabinettsdiplomatie

## Misstrauen der anderen Mächte

Die Einigung des Deutschen Reichs erfüllte einen Traum der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Die Großmächte in Europa – Großbritannien, Russland und ➡ Österreich-Ungarn – betrachteten das Deutsche Reich hingegen nicht ohne Misstrauen. Sie befürchteten, dass Deutschland die Vorherrschaft auf dem Kontinent anstreben und das bisherige politische Gleichgewicht zerstören könnte. Die unerwarteten Siege der preußischen Armee in drei Kriegen, die schnell wachsende Bevölkerung und die große Wirtschaftskraft des nun geeinten Reichs sowie Bismarcks Ruf, ein skrupelloser Machtpolitiker zu sein, ließen diese Sorgen berechtigt erscheinen.

Bismarck war sich über das Misstrauen der anderen Großmächte im Klaren. Er versicherte diesen daher immer wieder, das Deutsche Reich sei „saturiert“, das heißt, es habe keine Absicht, weitere Gebiete in Europa zu erwerben. Diese Haltung war zunächst Ausdruck kluger Außenpolitik. Da der Reichskanzler glaubte, dass jede französische Regierung nach der als demütigend empfundenen Niederlage „die Revanche als ihre Hauptaufgabe“ betrachten würde, war er allerdings auch darauf angewiesen, das Vertrauen der anderen Mächte zu gewinnen. Nur wenn Frankreich keinen Bündnispartner fand und isoliert blieb, schien die Zukunft des Reichs sicher.

## Das Dreikaiserabkommen von 1873

Um das Deutsche Reich zu sichern, knüpfte Bismarck ein System aus defensiven Bündnisverträgen mit den anderen europäischen Monarchien. Ein erster Baustein dieses Systems war das Bemühen, eine Koalition zwischen den Verlierern von 1866 (Österreich-Ungarn) und 1870/71 (Frankreich) zu verhindern. Tatsächlich gelang nach einem Treffen zwischen Kaiser Wilhelm I., dem österreichischen Kaiser Franz Joseph I. und dem russischen Zaren Alexander II. in Berlin am 22. Oktober 1873 der Abschluss des sogenannten Dreikaiserabkommens. Darin verständigten sich die Staatsoberhäupter unter anderem auf friedliche Absprachen im Falle gemeinsamer Unstimmigkeiten.

## Die Krieg-in-Sicht-Krise von 1875

Bismarcks eigentliche Friedenspolitik sollte jedoch erst nach 1875 beginnen. Frankreichs Regierung verabschiedete in diesem Jahr ein Gesetz, das die Stärkung der französischen Armee beschloss. Am 8. April erschien dann in der regierungsnahen Berliner Zeitung Die Post ein international beachteter Artikel mit dem Titel „Ist Krieg in Sicht?“, der die Möglichkeit eines Präventivkriegs in Betracht zog (bis heute wird in der historischen Forschung debattiert, ob dieser Artikel von Bismarck selbst stammte oder nicht). Die beiden Mächte Großbritannien und Russland brachten daraufhin zum Ausdruck, dass sie im Kriegsfall an der Seite Frankreichs stehen würden – Deutschland war außenpolitisch isoliert. Aus dieser verfahrenen Situation rettete Bismarck wenige Monate später der Aufstand in Bosnien und der Herzogovina gegen das Osmanische Reich.

## Die Balkankrise 1875–1878 und der Berliner Kongress

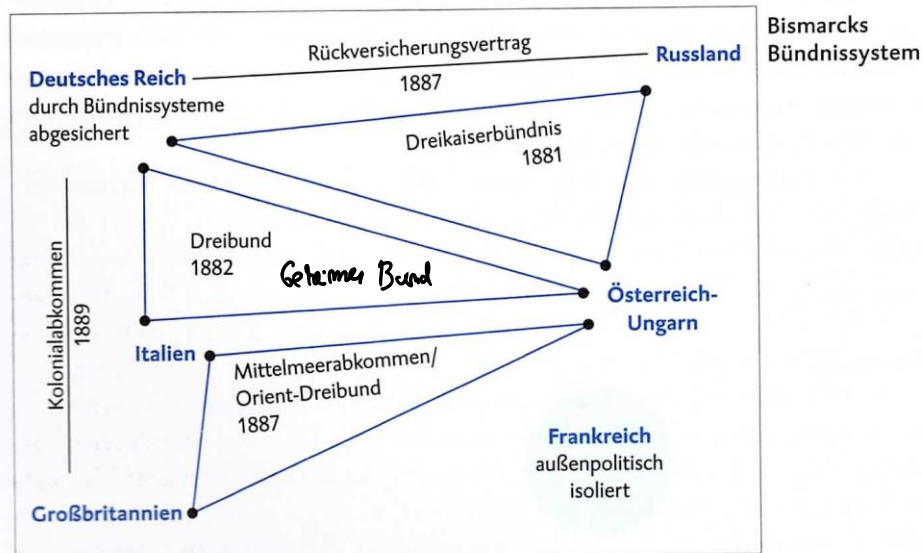
1875 und 1876 entwickelten sich blutige Konflikte auf dem Balkan, bei denen sich nacheinander die Bevölkerungen Bosniens, der Herzegowina und später auch Serbiens gegen die dortige osmanische Herrschaft auflehnten. Diese Balkankrise lenkte die Interessen der anderen Großmächte von der Mitte des Kontinents und damit von der Krieg-in-Sicht-Krise ab, sahen sie sich doch gezwungen, auf dem Balkan ihre höchst unterschiedlichen Interessen zu verteidigen.



Das Aufbrechen des „orientalischen Geschwürs“, wie es damals hieß, gab Bismarck Gelegenheit, die Leitgedanken seiner Außenpolitik unter Beweis zu stellen. Bei vorsichtigem Taktieren bot sich sogar die Möglichkeit, die Spannungen zwischen den anderen Großmächten zur Verbesserung der eigenen Lage auszunutzen. Als einzige Großmacht hatte das Deutsche Reich nämlich keine Interessen auf dem Balkan. Im Sommer 1878 kamen die Vertreter der beteiligten Mächte – Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, das Russische Kaiserreich und das Osmanische Reich – in Berlin zusammen, um einen drohenden Krieg der Großmächte durch Verhandlungen zu verhindern und die orientalische Frage zumindest vorläufig zu lösen. Bismarck konnte sich dort als „ehrlicher Makler“ positionieren: Der Berliner Kongress, auf dem eine neue Friedensordnung für Südosteuropa ausgehandelt wurde, war ein eindrucksvoller Beweis für Bismarcks Politik des Augenmaßes, der Mäßigung und des Verzichts auf weitere Expansion.

### Bismarcks Bündnissystem

Trotz des für Bismarck erfolgreichen Berliner Kongresses war der Balkankonflikt nicht wirklich gelöst worden. Russland, das den ersehnten Zugang zum Mittelmeer nicht zugestanden bekommen hatte, fühlte sich um seinen Sieg über das schwache Osmanische Reich betrogen. Auch war eine Entspannung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich keineswegs in Sicht. Und das Dreikaiserabkommen von 1873 hatte mit der Balkankrise seine Gültigkeit verloren. Seit 1879 errichtete Bismarck daher ein kompliziertes System von Bündnissen. 1879 handelte er mit Österreich-Ungarn den geheimen Zweibund aus. Er sah bei einem Angriff Russlands auf einen der Partner militärischen Beistand vor. Bei einem Angriff anderer Mächte wurde wohlwollende Neutralität vereinbart. 1882 wurde das Bündnis durch Aufnahme Italiens zum Dreibund erweitert. 1881 ersetzte der Dreikaiserbund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland, zu dem sich die politischen Beziehungen entspannt hatten, das Dreikaiserabkommen. Im Zuge einer weiteren Krise um den österreichisch-ungarischen Einfluss in Bulgarien (Bulgarien-Krise) zerbrach der Dreikaiserbund 1885, was Bismarcks Bündnissystem empfindlich beschädigte. Die nun folgenden von ihm ausgehandelten Bündnisse werden daher als „System der Aushilfen“ bezeichnet. Unter schwierigen Verhandlungen erreichte der deutsche Reichskanzler 1887 einen geheimen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag. Ausgenommen waren dabei ein Angriffskrieg gegen Frankreich und/oder gegen Österreich-Ungarn.



**Aufgabe:** Erläutere Bismarcks außenpolitische Ziele und wie er diese zu erreichen versuchte.